

Zahnsteiner Tageblatt

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Verordnungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 33.

Preis: 10 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 1 Pf. 10 Pf. pro Jahr, 1 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 1 Pf.

Nr. 116.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Geb. Fr. Schödel) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 4. Juni 1919.

Verantwortlich:
Geschäftsführer Fr. Schödel, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Gewisse Zeitungen haben daran erinnert, daß die deutsche Regierung unter Bezugnahme auf den § 81 des Reichsstrafgesetzbuches beabsichtige, die strengsten Maßnahmen gegen alle diejenigen deutschen Bürger, welche auf irgend eine Art und Weise ihrer freien Meinung hinsichtlich der Gründung einer Rheinrepublik Ausdruck gäben, anzuwenden. Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung wolle die französische Militärbehörde die Verantwortung trägt, hat der Kommandant der X. Armee, General Mangin, die Anwendung irgendwelcher Maßnahmen, welche in dem genannten § 81 vorgesehen sind, untersagt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Bekanntmachung wegen Aufstellung von Vermögensverzeichnissen.

- I. Angehörige des Deutschen Reiches, mit Ausnahme derjenigen, die bereits vor dem 1. Januar 1914 ihren inländischen Wohnsitz aufgegeben haben und sich seit dieser Zeit dauernd im Auslande aufhalten.**
- II. ehemalige Angehörige des Deutschen Reiches, die ihre inländische Staatsangehörigkeit erst nach dem 1. August 1914 verloren und ihren inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt erst nach dem 31. Dezember 1913 aufgegeben haben.**
- III. Ausländer, welche im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben.**
- IV. alle sonstigen Personen ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt, welche in Deutschland belegenes Grund- oder Betriebsvermögen besitzen.**

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 13. Januar 1919 (Reichsgesetz. Bl. S. 67) verpflichtet, ein Verzeichnis ihres Vermögens nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 aufzustellen. Die Frist bis zu welcher die Aufstellung des Vermögensverzeichnisses erfolgt sein muß, wird für den diesseitigen Veranlagungsbezirk allgemein auf den 25. Juni 1919 bestimmt. In dem Vermögensverzeichnis hat der zur Aufstellung Verpflichtete sein Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen sowie seine Schulden nach dem Stande vom 31. Dezember 1918 einzeln aufzuführen. Hierbei ist neben den nach dem Besteuerungsgebot vom 3. Juli 1913 steuerbaren Vermögen auch das im Auslande belegene Grund- und Betriebsvermögen zu berücksichtigen und außerdem noch besonders anzugeben:

- a) Beträge, die der Steuerpflichtige in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1918 zu Einnahmen oder sonstigen Vermögensübergaben (§ 4 Abs. 1 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916) verwendet hat, soweit es sich um Zuwendungen im Einzelbetrage von wenigstens eintausend Mark handelt;**
- b) Beträge, die in diesem Zeitraum (a) zum Erwerb von Gegenständen aus edlen Metallen, von Edelsteinen oder Perlen, von Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenständen sowie von Sammlungen aller Art aufgewendet worden sind, sofern der Anschaffungspreis für den einzelnen Gegenstand fünfhundert Mark und darüber oder für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände eintausend Mark und darüber beträgt;**
- c) Beträge, die in diesem Zeitraum (a) zu Anschaffungen jeder Art verwendet worden sind, soweit die angeschafften Gegenstände am 31. Dezember 1918 noch vorhanden sind und der Anschaffungspreis zusammen den Betrag von zehntausend Mark übersteigt.**

Wertangaben müssen in dem Verzeichnis in allen Fällen gemacht werden in denen sich die Vermögenswerte aus dem Kauf- oder Kauswerte oder aus dem Betrage der geleisteten Zahlungen ergaben. In den anderen Fällen steht es dem Pflichtigen frei, den Wert einzufügen, den er den Vermögensgegenständen nach bestem Wissen beimißt, unter allen Umständen muß er die tatsächlichen Mitteilungen machen, die zur Schätzung des Wertes beigebracht werden können. Für Wertpapiere sind die auf den 31. Dezember 1918 festgesetzten und veröffentlichten Steuerkurse maßgebend.

Gegenüber hervorgetretenen Zweifeln, welche untere Vermögensgrenze für die Verpflichtung zur Aufstellung der nach der Verordnung vom 13. Januar 1919 (Reichsgesetz. Bl. S. 67) vorgeschriebenen Vermögensverzeichnisse maßgebend sein soll, hat sich der Herr Reichsminister der Finanzen dahin ausgesprochen, daß zwar grundsätzlich jede Person, die Vermögen im Sinne des Besteuerungsgebotes besitzt, ohne Rücksicht auf dessen Höhe verpflichtet ist, ein Vermögensverzeichnis aufzustellen, daß es aber unbedeutend erscheint, bei Vermögen bis zu 10000 M auf die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse zu verzichten.

Für die Aufstellung der Vermögensverzeichnisse sind

amtliche Vorbrüche von dem unterzeichneten Besteuerungsamte der Gemeindebehörde überandt und werden durch deren Vermittlung kostenlos verabfolgt. Die Verwendung dieser Vorbrüche wird den Steuerpflichtigen empfohlen, da sie zugleich als Anleitung für die richtige Aufstellung des Verzeichnisses dienen und auch einen Abdruck der Verordnung vom 13. Januar 1919 nebst den Ausführungsbestimmungen des Reichsschatzamtes hierzu enthalten. Erfolgt die Aufstellung ohne Verwendung eines amtlichen Vorbruchs, so ist sie jedenfalls von dem Pflichtigen zu unterschreiben und mit der Versicherung zu versehen, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Eine derartig vereinfachte Aufstellung wird sich besonders in den Fällen empfehlen, wo nur ein geringfügiges Kapitalvermögen in Frage kommt und beispielsweise außer einem Sparkastenguthaben, einigen Tausend Mark Kriegsanleihe oder dergl. weiteres Vermögen nicht vorhanden ist. In das Vermögensverzeichnis des Ehe Mannes ist auch das Vermögen der Ehefrau aufzunehmen, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt leben. Besonders bemerkt wird noch, daß die Verzeichnisse den Amtsstellen zunächst nicht einzureichen, sondern vorläufig von dem Aussteller aufzubewahren sind. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß diejenigen Steuerpflichtigen, die das Verzeichnis nicht rechtzeitig oder unvollständig aufstellen, bei der bevorstehenden Steuererhebung empfindliche Nachteile zu gewärtigen haben.

St. Goarshausen, den 2. Juni 1919.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer Veranlagungs Kommission:

J. B.: Dr. Jaun.

Die nächste Mütterberatungsstunde findet in der Festhalle vom Klein-Schule zu Oberlahnstein am Donnerstag, den 5. Juni 1919, nachm. 4½ Uhr, statt, wo der leitende Arzt den Müttern monatlichen Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird. St. Goarshausen, den 2. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Dr. Jaun, Regierungsrat.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

Die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge
Paris, 3. Juni. In dem diplomatischen Situationsbericht heißt es u. a.: Die vier Staatsmänner haben am Samstag vormittag den deutschen Gegenvorschlag geprüft und die verschiedenen Artikel den zuständigen Ausschüssen zur Begutachtung überwiesen. Die Kommission für Festlegung der Bestimmungen der Militärverwaltung im rheinischen Gebiet hielt am Vormittag und Abend Sitzungen ab. Die Bestimmungen werden alsbald nach der Unterzeichnung des Friedens in Kraft treten. Der Sitzung wohnten u. a. bei Marshall Foch, General Diaz, General Wilson, General Bliss, General Beggand und Soucheur.

Die kommende Antwort des Verbandes.

Schweiz. Grenze, 3. Juni. Das Echo de Paris behauptet, daß die Antwort der Verbündeten Graf Brodorski-Ranzau durch Clemenceau am Freitag überreicht wird. Sie werde eine begründete Zurückweisung erhalten, nach der Deutschland nichts übrigbleibe, als die Bedingungen des Verbandes vor dem 15. Juni anzunehmen.

Eine ablehnende Antwort des Verbandes?

Berlin, 3. Juni. Die Antwort des Verbandes auf die deutschen Gegenvorschläge wird in Regierungskreisen möglicherweise bereits am Donnerstag erwartet.

Versailles, 3. Juni. In Kreisen der deutschen Delegation wird mit einer ablehnenden Antwort des Verbandes und mit einem Ultimatum gerechnet, welches die Unterzeichnung des Vertrages für die Delegation unmöglich machen würde. Die Delegation würde dann voraussichtlich abtreten, um mit der Regierung zu beraten, und ihr die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu überlassen. Wahrscheinlich wird in diesem Falle die Abreise am Samstag vor Pfingsten oder an einem der Pfingsttage erfolgen.

Die Mitwirkung Wilsons.

Paris, 3. Juni. Präsident Wilson ist entschlossen, Europa nicht eher zu verlassen, bevor er seine Autorität geltend gemacht hat zur Beilegung der Schwierigkeiten, zu denen er durch seine Vorkriegs Stellung gekommen hat.

Wilson gegen eine Änderung der Bedingungen?

Paris, 3. Juni. Die Chicago Tribune bestätigt, daß Wilson an Clemenceau und Lloyd George ein Telegramm geschickt habe, worin er erklärt werde, die Hauptsache sei, daß die Bedingungen des Vertrages trotz der deutschen Drohungen aufrechterhalten würden. Der Präsident sei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unbedingt abgeneigt.

Er werde sich weigern, den Deutschen in Galizien (soll wohl heißen Oberschlesien) eine Volksabstimmung zu erlauben.

Versailles, 3. Juni. Gestern wurde zum ersten Male in französischen Blättern erwähnt, daß bei den Vorschlägen an die neuen slawischen Staaten und Rumänien auch der Deutschen gedacht werde, die als Minderheiten in das Gebiet des einen oder anderen dieser Staaten fallen. Wer den Wandel der Judenfrage in Rumänien verfolgt hat, kann sich von dem Eingreifen des Ministerpräsidenten Bratianu in die Vorbereitung des Vertrages mit Österreich nichts anderes als eine größere Bewegungsfreiheit für die Christen gegenüber ihren völkischen und religiösen Minderheiten versprechen. Der Temps tritt dafür ein, daß man den kleinen Staaten dieselben Rechte gewähre wie den großen, und empfiehlt einen Ausschub in der ganzen Regelung, bis es zur Teilung der den Feinden abgenommenen Gebiete kommt.

Saag, 3. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Aus Informationen in Kreisen der Friedenskonferenz ergibt sich, daß verschiedene Mitglieder der amerikanischen Delegation geneigt wären, Deutschland Zugeständnisse zu machen, obwohl die Delegation selbst noch keinen Beschluß nach irgend einer Richtung gefaßt hat.

Gespräch durch Graf Ranzau.

Paris, 3. Juni. Graf Brodorski-Ranzau Abt man eine gewisse Kontrolle über die Veröffentlichungen der deutschen Zeitungen über die Friedenskonferenz aus. Gestern nachmittag wurden im Verein mit drei anderen Delegierten eine Anzahl von Artikeln geprüft, die zur Veröffentlichung in deutschen Zeitungen bestimmt waren und auf die deutsche Delegation in Versailles Bezug hatten. In Zukunft werden alle derartigen Veröffentlichungen vom Grafen Brodorski-Ranzau geprüft werden. Die Ursache zu diesem Verfahren dürfte darin zu suchen sein, daß sich der Chef der deutschen Bevollmächtigten in den letzten Tagen darüber beklagte, daß gewisse Pressekommentare die öffentliche Meinung in verhängnisvoller Weise beeinflussen.

Die Antwortnote über das Arbeiterrecht.

Paris, 3. Juni. Im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen antwortete Clemenceau auf die deutsche Ergänzungsnote betreffend die internationale Arbeitergesetzgebung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen an der Ausarbeitung der internationalen Arbeitergesetzgebung mitarbeiten wollten, daß aber die Gesetze von Vertretern der gesamten Arbeiterschaft angenommen werden müßten.

„Bei wahrhaft demokratischen Regierungen könnten die Ansichten und Interessen der Regierungen mit denen der Arbeiter in keinem Widerspruch stehen. Die schon jetzt vorhandene internationale Arbeiterorganisation sei durchaus in der Lage, jeden von einem Mitgliede der Organisation eingereichten Vorschlag praktisch zu behandeln. Die Vorschläge des internationalen Gewerkschaftskongresses in Bern seien entgegen der deutschen Behauptung eingehend geprüft worden. Der deutsche Vorschlag, Vertreter Deutschlands in die internationale Arbeiterorganisation innerhalb kurzer Frist aufzunehmen, finde günstige Aufnahme. Dem Deutschen sollten nach Schluß der Friedenskonferenz alle Rechte und Privilegien der anderen Mitglieder bezüglich dieser Organisation und ihres Verwaltungsrats zuerkannt werden.“

In der Antwortnote heißt es weiter, daß man auf des Grundlages der Organisation schrittweise alle Wünsche der Arbeiter verwirklichen könne und müsse. Die von der deutschen Delegation erwähnten Fragen seien von der Arbeiterkommission der Konferenz geprüft worden; die Kommission sei zu dem Schluß gekommen, diese Fragen wären solche der internationalen Arbeiterorganisation. Dem Vorwurf, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in ihrem Entwurf von den demokratischen Grundätzen abgewichen seien, müsse entgegengehalten werden, daß diese Vorschläge weitergingen als die deutschen. Man dürfe doch nicht vergessen, daß die Delegierten der Regierungen bei den Arbeiterkonferenzen, jedenfalls aber die Delegierten der alliierten und assoziierten Regierungen, auch die Masse der Bevölkerung dieser Länder vertreten, und daß ein sehr erheblicher Prozentsatz der Arbeiterschaft in allgemeinen Berufsverbänden nicht zusammengeschlossen sei. Es könne auch nicht zugelassen werden, daß die beste Gesetzgebung zu nichte gemacht werde, falls nur ein Fünftel der vertretenen Regierungen Einwendungen erhebe.

Schließlich macht die Note darauf aufmerksam, daß die Vorbereitungen zu der ersten Versammlung der internationalen Arbeiterorganisation, die im Oktober stattfinden soll, emsig betrieben werden. Es liege kein Bedürfnis vor, den Arbeiterkongress in Versailles zu versammeln; es Rege man

der Wunsch vor, den Frieden baldmöglichst wieder herzustellen und die Bestimmungen des sozialen Programms zur Annahme zu bringen, das wohl ohne Zweifel schon verwirklicht wäre, wenn nicht die deutschen Angriffe die Gedanken und Sorgen der ganzen Welt dem Kampf für die Freiheit zugewandt und die Völker gezwungen hätten, die Wahrung ihrer Unabhängigkeit jedem anderen Ideal voranzustellen."

Die Vorgänge am Rhein.

Berlin, 3. Juni. Der Ministerpräsident hat aus Mainz von einem gewissen Dr. Dorten folgende Depesche erhalten:

Herr Präsident!

Im Auftrage der vorläufigen Führung der rheinischen Republik habe ich den Herrn Reichspräsidenten von der heute erfolgten Proklamation der rheinischen Republik im Verbands des deutschen Reiches und unserer Beweggründe dazu in Kenntnis gesetzt, womit unser aller Wunsch u. Weg zum Völkerrfrieden und zur Völkerfreiheit sofort offenbar wird. — Ebenso habe ich den Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der okkupierenden Mächte durch die oberste Bewachungsbehörde gleichfalls die erfolgte Proklamation notifiziert und gleichzeitig die Bewilligung zur sofortigen Vornahme von Wahlen zur rheinischen Landesversammlung sowie zur Zulassung von Vertretern zur Friedenskonferenz beantragt. Ich richte hiermit an Sie den gleichen Antrag und die Bitte, unser Zusammenwirken mit der deutschen Friedensdelegation genehmigen zu wollen. gez. Dr. Dorten.

"Havas" meldet vom Sonntag: Heute morgen ist die rheinische Republik in allen Städten „ohne Schwierigkeiten" erklärt worden. Sitz der Regierung, die Herrn Dr. Dorten als Präsidenten hat, ist vorläufig Wiesbaden. Dieses Ereignis macht der Unbestimmtheit der Lage ein Ende und scheint sehr glücklich abzulaufen bei dem größten Teil des Volkes, das sehr ruhig bleibt. Dr. Dorten hat an Marshall Foch für die Friedenskonferenz und an alle Generale, die die Befehlsarmeen kommandieren, für ihre respektiven Regierungen Telegramme abgeschickt.

Reichsregierung und rheinische Abgeordnete.

Berlin, 3. Juni. Ueber den Verlauf der Sitzung im Abgeordnetenhaus erfahren wir folgendes: Nachdem am letzten Sonntag infolge der Nachrichten aus den Rheinlanden bereits eine Besprechung der rheinischen Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann stattgefunden hatte, versammelten sich gestern nachmittag die rheinischen Abgeordneten unter dem Vorsitz des preussischen Ministers des Innern Heine im Abgeordnetenhaus zu einer neuen Beratung. Eine aus allen Parteien zusammengesetzte Ausschuss wurde mit der Ausarbeitung einer Entschließung beauftragt. Auf diesem Zweck erfolgte eine Vertagung der Sitzung auf 6 Uhr nachmittags.

Die auf 6 Uhr anberaumte Sitzung, der auf Anregung des Zentrums auch die rhein. Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung und die Reichsminister Erzberger und David bewohnten, wurde vom Minister Heine eröffnet und geleitet. Von der Reichsregierung wurde zunächst erklärt: „Ihr seien in der Zwischenzeit von den Veranstaltern der Bewegung die Mitteilung zugegangen, daß sich die Rheinprovinz, Rheinhessen und die Rheinpfalz im Rahmen des deutschen Reiches als rheinische Republik konstituiert hätten. Die Ausrufung der Republik sei zugleich der deutschen Friedensdelegation in Versailles und der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa sowie den Entente-Regierungen übermittelt worden."

Am Schlusse der Sitzung, die als Ergebnis die gemeinsame Entschließung annahm, wurden die Teilnehmer zu weiteren Beratungen auf heute nachmittag 6 Uhr im Abgeordnetenhaus eingeladen.

Der Widerhall in Paris.

Versailles 3. Juni. Die Abendblätter rufen die Verkündung der pfälzisch-rheinischen Republik in den Vor-

dergrund. Das Journal des Débats führt aus, die Verbündeten seien berufen gewesen, die Entfernung der Hohenzollern sowie die Abtrennung des Rheinlandes herbeizuführen. Die eine sei vollzogen, die andere werde durch die Rheinländer selbst bewirkt. Die Verbündeten müßten beide Tatsachen unwiderruflich erklären, wozu keine Aenderung des Vertragsentwurfs notwendig sei. Was Hannover angehe, dem ebenfalls Abtrennungsgedanken zugeschrieben werden, so könne man sich darüber freuen. Nur dürfe man daraus keine Verminderung der Verpflichtungen des Friedensvertrages erwarten. Nach seiner Gewohnheit sucht der Temps das Ereignis historisch aufzufassen. Er erinnert an die 1814 aufgeworfene Frage, ob Preußen durch Sachsen oder Rheinland vergrößert werden solle, um darzutun, daß die Einwohner ohne ihren Willen an Preußen kamen. Ähnlich sei es 1866 mit den neuen Provinzen zugegangen, wo Wilhelm I. Thronrede vom 18. August eingeräumt habe, daß nicht alle deren Einwohner mit dem Wandel einverstanden seien. Schließlich verweist der Aufsatz länger bei den Vorschlägen der Teilung Preußens, die nun doch der Verwirklichung entgegengehen, obwohl die Berliner Regierung und ihre Januardenkschrift untreu gegen die Selbstbestimmung der Rheinländer handle.

ten, wie infolge der Friedensverhandlungen sich die ganze politische Entwicklung der Rheinlande gestalten wird. Sobald über diese Fragen Klarheit geschaffen ist, wird der Vertretertag sofort zusammenberufen werden.

Berlin, 3. Juni. Zurzeit sind Erwägungen im Gange, den früheren Staatssekretär Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.

Die deutschen Gefangenen.

Berlin, 3. Juni. Der Abg. Graf Posadowski hat in der Nationalversammlung angefragt, ob es sich bestätige, daß die Veranschaffung verwundeter Gefangenen englischerseits von der Bedingung abhängig gemacht werde, daß für jeden nach Deutschland heimzuschaffenden verwundeten ein gefundener Gefangener zur Räumung der Schlachtfelder nach dem Kontinent gesandt werde. Darauf antwortete die Reichsleitung, daß sie für diese Nachricht keine Bestätigung habe. Auf eine von der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa an den englischen Vertreter gerichtete Anfrage, ob die Preßnachrichten zuträfen, wonach 60 000 deutsche Kriegsgefangene auf dem Wege von England nach dem früheren Kriegsgebiet in Frankreich seien, um dort zu Wiederaufbauarbeiten verwandt zu werden, hat die britische Kommission am 18. Mai erwidert, es sei beabsichtigt, 10 000 deutsche Gefangene von England nach Frankreich zu senden. Sie würden unter englischer Kontrolle bleiben und keiner andern Macht übergeben werden.

Bestärkung in Wien.

Wien, 3. Juni. Die Friedensbedingungen für Oesterreich haben in Wien Bestärkung hervorgerufen. Die Presse lehnt sie als unmöglich ab und sagt, die schlimmsten Hoffnungen seien übertroffen. Sie spricht von einem Todesurteil für Deutsch-Oesterreich. Maßgebende Persönlichkeiten erwarten Verhandlungen und wesentliche Milderungen und warten das Eintreffen der finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen ab, die noch unbekannt sind. Ohne wesentliche Milderungen sei der politische und wirtschaftliche Zusammenbruch unvermeidbar.

St. Germain, 3. Juni. Reuter. Staatskanzler Renner fährt morgen mit den Friedensbedingungen nach Wien zurück.

Petersburg vollständig umzingelt.

Wien, 3. Juni. In einer Wotschaft an das ungarische Proletariat teilte Lenin mit, daß Petersburg vollständig umzingelt sei, sodaß der Fall der Stadt unvermeidlich geworden sei. „Der Verlust Petersburgs könne aber die Sache des Proletariats in Russland nicht beeinflussen."

Die Gebietsveränderungen auf dem Balkan.

Amsterdam, 3. Juni. Der Vertrag ist von Veniseles in Gemeinschaft mit der serbischen und rumänischen Delegation entworfen und so weit fertiggestellt, um vom Vicerat erwogen zu werden. Die Bestimmungen lauten wie folgt: Bulgarien tritt das gesamte Küstengebiet am Ägäischen Meer, welches Bulgarien nach dem Balkankrieg annektiert hat, an Griechenland ab. Griechenland erhält auch Adria-nopol und einen Teil der Gebiete in Thrazien, die nach dem zweiten Balkankrieg im Besitz der Türkei verblieben. Die Grenze zwischen Griechenland und dem Gebiet von Konstantinopel wird durch die bekannte Enos-Midia-Linie gebildet werden. Die Bulgaren erhalten einen Freihafen am Ägäischen Meere, und zwar entweder Salonik, Komalla oder Debeagatsch nach ihrer freien Wahl. Die neuen Gebiete, die auf diese Weise an Griechenland fallen, sind überwiegend türkisch.

Berschiedene politische Nachrichten.

Versailles, 3. Juni. Reichskolonialminister Dr. Boff ist gestern aus Berlin kommend in Versailles eingetroffen.

Berlin, 3. Juni. Der Reichspräsident hat gestern mittag den schweizerischen Gesandten Dr. Merrier empfangen und aus seinen Händen das Beglaubigungsschreiben entgegengenommen.

Der Vertretertag der rheinischen Zentrumsparlei.

der am Mittwoch, den 11. Juni stattfinden sollte, ist nach einstimmigen Beschluß des Provinzialbeirates vorläufig vertagt worden. In diesem Beschluß haben folgende Erwägungen geführt: Gerade die Tage um den 11. Juni werden die Entscheidung über die Friedensverhandlungen bringen. Je nach dem Ausgang dieser Verhandlungen wird unter Umständen leicht noch im letzten Augenblick ernstlich die Möglichkeit der Abhaltung des Vertretertages in Frage gestellt. Ferner dürfte es zweckmäßig erscheinen, abzuwar-

haben, hier einen Maler dieses Namens, ein talentvolles Subjekt, ist der Herr Gemahl verwandt mit dem Künstler? „Sind Sie Ihre Zigarette an, Lendorf, sonst kann man kein vernünftiges Wort mit Ihnen reden. Ich weiß nicht, von welchem talentvollen Künstler Sie sprechen, ich kenne nur den berühmten Reinhold Beeslow, der in den ersten Salons ausstellt, dessen Gemälde in weitesten Kreisen Berühmtheit erlangt haben."

Lendorf war noch damit beschäftigt, sich eine Zigarette zu drehen. Nun bog er sich vor Lachen und haute das edle Kraut beinahe verschüttet. „Der berühmte Reinhold Beeslow, das ist ein kapitaler Spaß. Gnädigste! Wer hat Ihnen dieses Märchen aufgebunden, daß nicht etwa der Herr Gemahl?"

Thunelba verbarste in ihrer überlegenen Ruhe. Mit recht abfälligen Blicken maß sie den sich vor Vergnügen wie toll Gebärdenden. „Sie sind noch immer der alte, Lendorf, man kann doch kein vernünftiges Wort mit Ihnen reden."

„Aber liebe, gnädige Frau, warum denn nicht? Er hatte gelacht, daß ihm helle Tränen in den boshafte Augen standen, aber ich will jede Wette mit Ihnen eingehen, daß Reinhold Beeslow ein arbeitsamer Stümper ist, der kaum eine mittelmäßige Arbeit auszuweisen hat. Ich kann doch wirklich nicht dafür, daß es so ist."

„Das war vielleicht früher möglich, und das sieht Reinhold auch eigentlich ähnlich, daß die Bescheidenheit ihn hinderte, viel Aufhebens von seinen Werken zu machen. Denn, daß Sie es nur wissen, Reinhold Beeslow ist mein Gatte, aus seinem eigenen Munde weiß ich, daß er die Münchener Düsselbacher und andere Ausstellungen besichtigt hat."

Lendorf erhob sich scheinbar sehr erschrocken. „Ich bitte tausendmal um Verzeihung, gnädige Frau, aber ich hatte keine Ahnung."

Thunelba fixierte den Maler mit einem ihrer Augen, durchdringenden Blicke. „Sie lügen," sagte sie, gleichfalls auflehnend. „Sie waren sehr genau orientiert und kamen hierher, um mir mein Glück zu verleiden."

Lendorf warf die Zigarette in die bereitstehende Schale. „Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen die Wahrheit zu sagen, Frau Thunelba, Sie sind in einer unerbörten Weise dupiert worden. Auf Ehrenwort: Reinhold Beeslow ist in künstlerischer Beziehung eine Null, und wer etwas anderes behauptet, macht sich vor jedem von der Junst lächerlich!"

„Hören Sie mich an, Lendorf!" sagte Thunelba resolut, „in vier Wochen spätestens sollen Sie den Beweis haben, daß ich doch recht hatte mit meiner Behauptung, daß mein Mann zu den Ausgewählten gehört. Geben Sie mir Ihr Wort, bis dahin Ihre abfälligen Bemerkungen und Schmähungen zu unterlassen, und Sie sehen an meinen Leibesenden ein willkommenes Gast sein, daß nur unter dieser Bedingung erlaube ich, daß Sie wiederkommen!"

„Und wenn die vier Wochen um sind, und der Beweis fehlt?"

„Dann mögen Sie Ihrer Lästung keinen Zwang mehr antun. Das Abkommen gilt?"

„Es muß ja schon, will ich nicht ganz aus Ihrer Nähe verbannt sein!"

„Gut, dann kommen Sie!"

Zusammen betraten die beiden die Gesellschaftsräume, wo die Unterhaltung verflummt war; denn es wurde gesungen, gespielt und getanzt. Ein jeder gab sein Bestes.

Lendorf wurde freundschaftlich begrüßt, ausgegüßelt und später ausgekragt.

Aber aus ihm war nichts herauszubekommen. Er gab ausweichende Antworten, und als man ihn direkt fragte, was er von Beeslows Kunst halte, antwortete er vieldeutig die Mäkel.

Das wurde als Zustimmung betrachtet. Und nun brannte man erst recht darauf, ein Wort Beeslows zu sehen. Thunelba wurde bestärkt.

„Ihr macht mich noch elckerschäftig!" sagte sie lachend. In ihrer Brust aber wühlte der Zorn.

(Fortsetzung folgt.)

Glühender Lorbeer.

Roman von M. Seyffert-Rlinger.

607 (Nachdruck verboten.)

Aber daran war nichts zu ändern. Einsam, ohne Verzeir machte sie nicht dahinleben. Früher war auch alles anders gewesen, die Damen aufrichtig bemüht, ihr Vieles und Angenehmes zu erweisen. Seit ihrer Verheiratung hatte sich alles geändert. Sie bekam fast nur noch Worte zu hören, die wie spitze Pfeile verwundeten. Sicher nahm man es ihrem Manne ernstlich übel, daß er sich so fernhielt.

Bei diesem Grubeln beruhigten sich ihre Nerven aber doch ein wenig, sie stand auf, ordnete ihr Haar und öffnete dann die Tür.

Im Begriff, hinauszuweichen, wurde sie von einem Herrn begrüßt, einem verspäteten Gast, welcher soeben erst angekommen war.

Er lächelte ihr, wärmer und länger, als die Höflichkeit es fordert, die Hand. „Gnädige Frau werden einem Heimgekehrten die Gastfreundschaft nicht versagen?"

Thunelba sah ihren einstigen Verehrer an wie eine glückliche junge Frau, welche unwillkürlich Bergleiche zieht. „Herzlich willkommen, Herr Lendorf, hübsch, daß Sie meinen Leibesenden nicht vergessen haben. ... Bitte, wir können hier ungestört eine Viertelstunde verplaudern. Die Damen müßigen schon, da werde ich nicht vermisst."

Der Maler ließ sich das nicht zweimal sagen. Er neigte die Bequemlichkeit und verschmähte das Laburrett. Ein Klubsessel nahm ihn auf. Tief schmiegte der Maler sich hinein, er verschwand fast darin, war aber froh, daß er diesen Hafen gefunden. Er stand nicht gern neben Thunelba, weil er ein klein wenig kleiner war als sie und neben ihrer stolzen Erscheinung unbedeutend wirkte.

„Es ist doch nirgends schöner als in der Heimat," man hörte aus jedem Wort das Bedagen, welches ihn durchströmte, freilich, daß ich Sie als Frau Beeslow wiederfinden würde, hatte ich mir nicht träumen lassen. Wir

München, 3. Juni. Vor dem Standgericht in München begann gestern der Hochverratsprozess gegen den Spar-
schiffenführer Levine-Rissen, der sich in München an die
Spitze der Räterepublik gestellt hatte, gegen den Universi-
tatsprofessor Dr. Salz, den Kunstmalers Otto Schmitt und
gegen Willi Zimmer, die sämtlich angeklagt sind, wesentlich
Levine-Rissen unterstützt und ihnen Beihilfe geleistet zu
haben, indem sie ihn Anfang Mai in der Wohnung des
Schmitt beherbergten und seine Verhaftung zu verhinder-
ten suchten. Der Zuhörerraum war überfüllt.

Berlin, 3. Juni. Die die Sozialistische Korrespon-
denz mitteilt, soll ein Notgesetz erlassen werden, wonach alle
unbefähigten Mitglieder der bis zum 1. August sich
erneuend zu unterziehen haben.

Berlin, 3. Juni. Wie wir erfahren, ist zum Re-
gierungspräsidenten in Köln Herr Oberregierungsrat und
Vortragender Rat im Kultusministerium Dr. Bräuer ernannt
worden.

Berlin, 3. Juni. An amtlicher Stelle traf heute
Nachricht ein, wonach der Dampfer „Chester Castle“ um
Mittag von Dar-es-Salaam abfahren sollte. Auf diesem
Dampfer wird den letzten noch im Schutzgebiet von Deutsch-
Ostafrika befindlichen Deutschen die Heimreise ermöglicht.
Das Schiff wird etwa Mitte Juni in Rotterdam erwartet.

Sidney, 3. Juni. 982 interniert gewesene Deutsche
sind nach Deutschland abgefahren.

Versailles, 3. Juni. Nach einer Meldung des
Matin erklärte der Präsident von Brasilien, Pessoa, daß
Brasilien beabsichtigt, die in brasilianischen Häfen beschlag-
genommenen deutschen Handelsschiffe für sich zu behalten, wie
auch die Vereinigten Staaten tun.

Oslo, 3. Juni. Neuter meldet: England hat das
Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen anerkannt.

Oslo, 3. Juni. Die Times meldet aus Madrid:
Die Wahlen in Spanien sind mit einem großen Sieg der
Republikaner beendet worden. Der Verband der Monar-
chisten hat eine Niederlage erlitten. Gleichzeitig hat die
Partei von Katalonien viele Stimmen verloren. In den
großen Städten haben die Republikaner sich überall be-
hauptet.

Wien, 3. Juni. Die ukrainische Offensive gegen die
Polen von der ostgalizischen Grenze aus schreitet
fort. Die Abteilungen des Ataman Schapoval haben den
Eisenbahnknotenpunkt Proskurov erobert. Die Truppen
des Atamans Konowalew haben Verbitschew genommen.

Zuverlässigen Nachrichten aus der Schweiz zufolge be-
trachtet sich der frühere Hetman Skoropadski, der sich zurzeit
in Gillingham befindet, bei den Engländern um seine Aner-
kennung als zukünftiger Hetman der Ukrainer.

London, 3. Juni. Das Unterhaus nahm einen An-
trag an, durch den das Schatzamt ermächtigt wird, eine neue
Anleihe, die die Summe von 250 Millionen Pfund Ster-
ling nicht überschreiten darf, auszugeben. Die Ausgabe der
Anleihe wird kurz nach Pfingsten erfolgen. (Neuter.)

London, 2. Juni. Neuter. Eine Veröffentlichung
des Staatssekretärs für Indien teilt mit, daß alle Angriffe
der Afghanen an verschiedenen Stellen der Front zurückge-
schlagen wurden.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 4. Juni.

Brotkarten werden morgen vormittag von 9 bis
12 Uhr für die Buchstaben A—K, nachmittags von 3—6
Uhr für die Buchstaben L—Z ausgegeben.

Bezugsheine zur Kartoffelausgabe sind
Freitag, den 6. Juni, für die Buchstaben A—K von mor-
gens 8½—11 Uhr, für die Buchstaben L—Z mittags von 3
bis 6 Uhr auf dem Lebensmittelamt abzuholen. Die
Ausgabe der Kartoffeln erfolgt sofort im Eichhaus. An
Kleingeld denken, Zeit einhalten!

Unentgeltliche Mutterberatungs-
stunden finden am Donnerstag, den 5. Juni, nachmit-
tags von 4½ Uhr, in der Steinschule statt.

Schulferien. Die Pflingstferien der hiesigen
Volksschule sind in diesem Jahre von Samstag, den 7. bis
Montag, den 16. Juni. Am 17. Juni beginnt wieder Un-
terricht. Die Ferien der Fortbildungsschule dauern vom
1. bis 15. Juni einschließlich.

Regeln für den Post- und Telegraphenverkehr.
a) Alle verfügbaren Wege können benutzt werden. b) Der
Verkehr bezüglich des deutschen Imports darf sich vorläufig
nur auf Lebensmittel erstrecken. c) Der Verkehr bezüglich
des deutschen Exports darf sich nicht auf Gold, Silber, Effek-
ten und andere vertretbare Werte, sowie auf Kriegsmateri-
al beziehen. d) Erörterungen über Spekulationsgeschäfte
sind nicht zugelassen. e) Telegramme müssen in offener
Sprache abgefaßt und leicht verständlich sein und dürfen
keinen verheerenden Sinn haben. Sie müssen in französisch
oder englisch abgefaßt werden oder in italienisch, falls sie
über Italien oder über italienische Kolonien befördert wer-
den. Die Telegramme müssen den Namen des Absenders
und seine volle Adresse angeben, auch seinen Vornamen,
falls die Beförderung über Italien oder über italienische
Kolonien erfolgt. Telegrammadressen des Absenders und
des Empfängers werden nicht zugelassen. f) Der Postver-
kehr bezüglich der von den assoziierten Regierungen gebil-
deten Geschäfte wird in gleicher Weise gestattet. Briefe
müssen in offener Sprache und in nicht zweideutigen Aus-
drücken abgefaßt sein und auf dem Umschlag deutlich Namen
und Adresse des Absenders aufweisen. g) Der Paketver-
kehr wird in keiner Richtung gestattet, jedoch dürfen Muster
der zugelassenen Waren in Postpaketen versandt werden.
h) Die assoziierten Regierungen behalten sich vor, jede Sen-
dung anzuhalten, ohne dafür einen Grund angeben zu müs-
sen. Einmalige Ansprache hieraus werden nicht anerkannt.

§§ Aufhebung des Privatpaketverkehrs
zwischen Heimat und Heeresangehörigen. Privatpakete wer-
den an Heeresangehörige nur noch angenommen, soweit sie
nach einem inländischen Bestimmungsort gerichtet sind. Sie
unterliegen den allgemeinen Gebührensätzen mit der Ein-
schränkung, daß für gewöhnliche Pakete bis zum Gewicht
von 3 Kilogramm ein ermäßigter Portosatz von 20 Pf.
auf alle Entfernungen des Inlandes in Ansatz kommt,
wenn sie an Soldaten bis zum Feldwebel usw. einschließlich
aufwärts gerichtet sind und in der Aufschrift den Vermerk:
„Soldatenbrief, Eigene Angelegenheit des Empfängers“
tragen. Privatpakete an die noch in den besetzten Gebieten
Rußlands befindlichen Truppen und Privatpakete von die-
sen nach der Heimat sind nicht zugelassen.

§ Gebrauchsmuster-Recht. Mit einer prak-
tisch sehr bedeutsamen Frage auf diesem Gebiet beschäftigt
sich eine in der juristischen Wochenschrift, 1919 Nr. 4, mit-
geteilte Entscheidung des Reichsgerichts vom 19. Dezember
v. J. Ist das eingetragene Gebrauchsmuster nämlich nicht
neu, so ist der Inhaber des Gebrauchsmusters trotz seiner
Eintragung schadenerschuldlich, wenn er einem anderen
Gewerbetreibenden die Benutzung des eingetragenen Ge-
brauchsmusters verbietet. Für Nichtjuristen hat dieser Satz
zuerst etwas Verblüffendes an sich, da die Anschauung sehr
verbreitet ist, die Eintragung des Gebrauchsmusters gebe
ein ausschließliches Benutzungsrecht. § 4 des Gesetzes über
den Schutz von Gebrauchsmustern spricht das auch ausdrück-
lich aus. Das Reichsgericht knüpft aber daran die Beding-
ung, daß das Gebrauchsmuster, wie es § 1 des Gesetzes
vorsieht, etwas Neues sein muß. Fehlt es an dieser Vor-
aussetzung und wird das Gebrauchsmuster trotzdem einge-
tragen, so ist der eingetragene Inhaber ersatzpflichtig, wenn
er einem anderen die Benutzung des Gebrauchsmusters ver-
bietet, obwohl ersterer weiß oder aus Fahrlässigkeit nicht
weiß, daß sein Gebrauchsmuster nichts Originelles ist. Diese
Entscheidung hat auch ihre volle Berechtigung, da jedes Ge-
brauchsmuster ohne Prüfung seiner Neuheit bei formgerechter
Anmeldung eingetragen werden muß im Gegensatz zum
Patent, das einer genauen Vorprüfung unterliegt. Die
Eintragung des Gebrauchsmusters geht also auf Gefahr und
Verantwortung des Inhabers, wenn er sich etwas schützen
läßt, was überhaupt nicht neu ist. Ob und inwieweit der
Inhaber des Gebrauchsmusters von seinem Eintragungsan-
trag die Neuheit seines Musters prüfen muß, spricht das
Reichsgericht nicht aus. Jedenfalls hat es aber darüber
keinen Zweifel gelassen, daß der eingetragene Inhaber zum
mindesten dann sein Muster genau prüfen muß, wenn ein
anderer dessen angebliche Neuheit bestrittet.

Heiratsprämien. Eine Petition der deutschen
Beamten an die Regierung schlägt vor, allen Beam-
tinnen, die infolge Heirat ihre Pensionsansprüche verlieren
2000—3000 M. Heiratsprämie zu zahlen.

Niederlahnstein, den 4. Juni.

Aufgabe von Kabellegrammen. Nach
einer Mitteilung des Reichsernährungsministeriums kön-
nen nunmehr Kabellegramme, soweit sie sich auf Lebens-
mittellieferungen beziehen, nach neutralen Ländern abge-
sendet werden. Die Kabellegramme müssen in offener,
möglichst englischer Sprache abgefaßt sein. Die Telegramme
sollen durch den Vertreter des Reichsernährungsmini-
steriums in Rotterdam, Cendrachtsweg 12, Telegrammadresse:
Lefebvre Rotterdam bei der Rotterdammer Foodkommission
eingereicht werden. Sie sind zu adressieren an: Lefebvre
Transit Rotterdam und müssen schließen: Reply to Rotter-
dam Food Commission Rotterdam for... Hier hat sich
der volle Name des Absenders mit Adresse anzuschließen.
Die Telegramme werden unter gleichzeitiger Hinterlegung
der Kosten in holländischer Guldenwährung angenommen.

§ Der Goldregen blüht. Es muß immer wie-
der darauf hingewiesen werden, daß der Goldregen, der we-
gen seiner schwefelgelben Blütenpracht sehr gerne gepflückt
wird, ein äußerst starkes Gift enthält, das sogar den Tod
herbeiführen vermag.

Fachbach, 3. Juni. Bei dem am Sonntag statt-
gefundenen Wettspiel zwischen dem Fußballklub „Jung-
Hindenburg“ Fachbach und „Germania“ Eitelborn siegte
Jung-Hindenburg mit 3:2 Toren.

Aus Nah und fern.

Coblenz, 3. Juni. Geh. Regierungsrat, Provinzial-
schulrat Dr. Sieburg in Berlin ist zum Nachfolger des am
1. Juli aus dem Amte scheidenden um das höhere Schul-
wesen in der Rheinprovinz hochverdienenden Oberregierungs-
rats Geheimrat Dr. Buchmann hier ernannt worden.

Niedersheim, 2. Juni. Im Kreise der Weinhand-
ler des Handelskammerbezirks Wiesbaden hat sich eine bedeu-
tende Neuordnung vollzogen. Die bisher vorhandenen
Vereine, der Weinhändler-Verein, Wiesbaden, und der Ver-
band der Weinhandler des Rhein- und Maingaues, Wies-
baden, sind in gemeinsamer Versammlung am 22. Mai
abereingekommen, sich zu einer „Rheingauer Weinhand-
ler-Vereinigung, Sitz Wiesbaden“ zusammenzuschließen.

Mainz, 3. Juni. Zu den Mainzer Banken, durch
deren Vermittlung Zahlungen nach dem unbesetzten Gebiet,
soweit Beträge über 50 Mark in Frage kommen, erfolgen
können, ist inzwischen auch die Bank für Handel und Indus-
trie (Darmstädter Bank) Filiale Mainz zugelassen.

Berlin, 2. Juni. Am gestrigen Sonntag ereigneten
sich in Oberschlesien auslöschlich des Anstalts einer Abtei-
lung der 5 Reichswehrbrigade erhebliche Ausschreitungen.

Kemscheid, 2. Juni. In den beiden größten indu-
striellen Werken Kemscheid, in der Vergilischen Stahlindustrie
und den Stahlwerken Rich. Lindenberg A. G., die v. r. län-
gerer Zeit ihren Betrieb stilllegen mußten, ist heute die Ar-
beit in allen Abteilungen wieder aufgenommen worden.

Paris, 3. Juni. Der „Populaire“ meldet, daß auch
die Wagenbauer und Flugzeugarbeiter aller Pariser Be-
triebe sich dem Metallarbeiterausstand angeschlossen haben.
Insgesamt sind 350 000 Arbeiter ausständig.

Doullens. Die Stadt Doullens rühmt sich, der Ort
der berühmten Zusammenkunft gewesen zu sein, in der die
Einheit des Oberkommandos und die Ernennung des Ge-
neralissimus beschlossen wurde. Der Stadtrat wollte als
Andenken an diesen Tag den Hauptstraßen der Stadt die
Namen der Hauptpersonen in diesem großen Kriege geben
wie Foch, Pétain, Clemenceau, Wilson Albert I. usw. Der
Ministerrat hat jedoch nur die Verwendung der Namen
der alliierten Persönlichkeiten, nicht der französischen ge-
stattet.

New York. Das Defizit der Eisenbahnen der Ver-
einigten Staaten seit dem 1. Januar 1918, dem Tage des
Beginns der Staatsverwaltung, betrug am 1. Mai 496
Millionen Dollars.

Gebietsabtretung und Volksernährung.

Die Ernährung des deutschen 70-Millionen-Volkes
basierte bisher zu einem wesentlichen Teil auf den agrari-
schen Ueberschußgebieten im Osten; für die Fleisch- und Fett-
versorgung kam auch das Weidemaßgebiet in Nordschles-
wig in Frage. Durch die in Versailles geforderten Gebiets-
abtretungen würde naturgemäß die deutsche Volksernährung
in der verhängnisvollsten Weise beeinträchtigt werden. Die
in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesiens, Schleswig
und Mecklenburg abzutretenden Gebiete (Elsass-Lothringen
und Saargebiet sind hier außer Rechnung gestellt) beher-
bergen eine Bevölkerung von rund 7½ Millionen; das sind
11,3% der deutschen Gesamtbevölkerung, während sie nach
dem Jahresdurchschnitt 1913/14 an der deutschen Gesamt-
ernährung mit weit höheren Prozenten beteiligt waren, nämlich
bei Futtergetreide mit 17%, Brotgetreide mit 19%, Zuck-
terrüben mit 20%, Kartoffeln mit 20%.

Auch der Anteil der Viehproduktion, 15% des deutschen
Gesamtbestandes, steht bedeutend über dem Bevölkerungs-
anteil. Diese Ueberschußgebiete waren demnach nicht nur
imstande, die eigene Bevölkerung von 7½ Millionen zu er-
nähren, sondern darüber hinaus noch 5,7 Millionen aus
dem übrigen Reiche. Aus ihrem Jahresüberschuß an Brot-
getreide konnte beispielsweise ein Monatsbedarf des ganzen
Reiches gedeckt werden, aus dem Fleisch- und Kartoffel-
überschuß sogar mehr als ein Monatsbedarf.

Besonders schwer fallen hier die vier agrarischen Ostpro-
vinzen in Gewicht. Ihre Abtrennung vom Reiche müßte
in den industriellen und dichter bevölkerten Teilen des
Reiches den Zusammenbruch der Volksernährung herbei-
führen. Ihr Flächeninhalt, 24% der Reichsfläche, tritt,
als Erntefläche betrachtet, für das Reich in verstärkter Be-
deutung hervor, denn im Anbau von Roggen machen sie
36% der deutschen Erntefläche aus, bei Kartoffeln 30%, bei
Gerste 28%, und ihre Ernteerträge bewegen sich in den
selben Anteilsprozenten. In der deutschen Getreidebewirt-
schaftung des laufenden Wirtschaftsjahres geben sie 37,6%
des gesamten Vorratssolls, in der Kartoffelversorgung
30% der Versorgungsschuldigkeit der Erzeuger im Reiche,
nach Abzug von Schwund, Saatgutbedarf, Eigenbedarf für
Ernährung, Brennereien und Trocknereien, ferner 23,6%
der Butterlieferungen, 30% des gesamten Aufkommens an
Delfrüchten (Winter- und Sommerdelfrüchten), 27% an Roh-
zuckerlieferungen, 30% der Schweineumlagen und 23,25%
der Rinderumlagen. Bei Abtrennung der in Anspruch ge-
nommenen Gebiete würde Deutschland zwei Drittel des ge-
samten Gebietes der vier Provinzen für die Nahrungs-
mittelversorgung verlieren. Auf einen Ersatz von Polen
ist mit Rücksicht auf die demnachstige Verringerung der han-
delspolitischen Verhältnisse und den gegenwärtigen Zustand
der polnischen Landwirtschaft auf absehbare Zeit ebenso-
wenig zu rechnen wie auf einen Ersatz durch Einfuhr, denn
dies letztere machen die Friedensbedingungen so gut wie
unmöglich, weil sie die deutsche Industrie und den deut-
schen Handel derart knebeln, daß allein schon die Be-
zahlung der einzuführenden Lebensmittel in Frage gestellt
ist. Schon im Frieden war der deutsche Bedarf an aus-
ländischer Zufuhr von Lebens- und Futtermitteln trotz
der fortgesetzten Steigerung der Ernteerträge sehr hoch. Er
betrug jährlich nach Abzug der Wiederausfuhr etwa 1,37
Mill. Tonnen an Brotgetreide, 4,19 Mill. Tonnen Futter-
getreide, 3,48 Mill. Tonnen Futtermittel, 0,37 Mill. Ton-
nen Kartoffeln, 0,54 Mill. Tonnen Delfrüchte u. a., 0,36
Mill. Tonnen Hülsenfrüchte und 0,50 Mill. Tonnen Gemü-
se, Obst, Kakao usw., zusammen über 10,8 Mill. Tonnen
vegetabilische Nahrungsmittel. Dazu treten noch über 1
Mill. Tonnen tierische Erzeugnisse, alles zusammen im Wert
von 2,5 Milliarden Mark nach damaligen Preisen, etwa
10 Milliarden Mark nach dem heutigen Stand der Valuta:
eine unter den gegenwärtigen Umständen noch um ein
Vielfaches verschlimmerte, durch die Friedensbedingungen
unerlöschliche Summe. Aus dem letzten Grunde ist auch
auf eine ausreichende Steigerung der inländischen Erzeug-
ung nicht zu rechnen, im Gegenteil, wird viel eher ein
Rückgang der Ernteintensität zu erwarten sein. Es ist da-
her nicht zu viel gesagt, sondern entspricht den harten Tat-
sachen, daß die in Versailles verlangten Gebietsabtretungen
nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß dadurch
mindestens der 5. Teil der deutschen Bevölkerung zu einem
langsamem Hungertode verurteilt würde.

Briefkasten.

A. M., M. Bücher gen. Inhalts beziehen Sie von der
auf dem Gebiete der Fachliteratur leistungsfähigen Buch-
handlung Paul Jenzel, Berlin SW. 47. Wenden Sie sich
um Vermittlung des Bezugs an die nächste Buchhandlung.
Der Verlag liefert aber auch direkt.

Bekanntmachungen.

Die Ausgabe der Brotkarten

Habet halt Donnerstag, den 5. Juni für die Buchstaben A—R von morgens 9—12 Uhr, für die Buchstaben S—Z von nachmittags 2—6 Uhr.
Lebensmittelfkarten sind unbedingt mitzubringen.
An Kinder unter 14 Jahren werden keine Brotkarten ausgeteilt.

Oberlahnstein, den 4. Juni 1919.

Lebensmittelfstelle.

Ein Geldbeutel mit Inhalt

ist als Fundstück hier abgegeben worden.

Oberlahnstein, den 3. Juni 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Die Gemeindesteuern

für das Steuerjahr 1919, enthaltend die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 900 Mark liegt vom 5. Juni 1919 ab 14 Tage lang zur Einsicht der Steuerpflichtigen auf dem Rathaus Zimmer Nr. 2 während den Bürozeiten offen.

Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs an den Herrn Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission in St. Goarshausen binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen mit Ablauf der Offenlagefrist gerechnet, zu.

Niederlahnstein, den 3. Juni 1919.

Der Magistrat R o d y.

Die Gewerbesteuerrollen

der Klassen III und IV für das Steuerjahr 1919 liegen vom 5. Juni 1919 ab 14 Tage lang auf dem Rathaus Zimmer Nr. 2 während den Bürozeiten zur Einsichtnahme für die Gemeindeglieder offen.

Niederlahnstein, den 3. Juni 1919.

Der Magistrat: R o d y.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 10. Juni, 12 Uhr mittags wird bei Philipp Weber in Reichenberg ein

Zucht-Eber

14 Monat alt, öffentlich meistbietend versteigert. [850]



Rotwein

per Liter Mk. 8.— empfiehlt

„Deutsches Haus“.

Flaschen sind mitzubringen.

**Benzinfeuerungzeuge, Taschenlampen-
hilfen, Glühbirnen, Batterien,
Rasierpinsel, sowie echte Solinger Stahlwaren**
empfehlen in großer Auswahl

**Julius Rüping, Eisenwarenhandlung,
Braunbach a. Rh.**

**Sensen, Saisentwürfe und Ringe
Sicheln, Weyfsteine verschied. Sorten
sowie Hengabeln und Holzrechen**
empfehlen

**Georg Phil. Clos Inh. C. Gommor
Braunbach.**

1 Waggon Einmachtopfe
eingetroffen und empfiehlt geneigter Abnahme

Firma Georg Klein

Inh. Frau C. Colonius Wwe., St. Goarshausen.
— Telefon Nr. 3. —

**Winzer oder erfahr. Weinbergs-
arbeiter (verheiratet)**
gesucht. Dienstverhältnis sofort. Freie Wohnung und Garten-
land. Burg Lahneck. [789]

Weinse

Gewerbe um Ausfuhrerlaubnis
sind in unserer Druckerei zu haben

Lahnsteiner Tagblatt.

**Ganbere Stundenfrau
oder fleißiges Mädchen**
für sofort gesucht. Niederrhein-
stein, Emserstraße 32 [781]

Mädchen

für ganze Tage und alle Haus-
arbeit gesucht nach Niederlahn-
stein. In Erfahrung in der Ge-
schäftsstelle. [834]

Ein Commerçant
für junge Mädchen zu verkaufen.
Niederlahnstein in der Geschäftsstelle [848]

**Junge frische Melkenbe
Ziege**
zu verkaufen Oberpohl 26. [842]

Frishmelk. Ziege
zu kaufen gesucht
Niederlahnstein: Geschäftsstelle. [827]

Relegatbesitzer Eisenbahn sucht

Rost und Logie
am liebsten in Niederlahnstein
zu verkaufen in der Geschäftsstelle. [848]

Niederlahnsteiner Spar- u. Darlehnskassenverein G. G. m. n. H.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva		Passiva	
Kassenbestand am Jahreschlusse	Mk. 18973,78	Geschäftsguthaben der Mitglieder	Mk. 1400,—
Ausstehende Darlehen	95078,74	Sparkassengelder	262565,70
Konto-Korrent-Verkehr:		Konto-Korrent-Verkehr:	
Guthaben bei Mitgliedern	44326,46	Guthaben der Mitglieder	19224,84
Guthaben b. d. Landwirtschaftlichen		Stückzinsen	125,—
Zentral-Darlehnskasse	88574,70	Stiftungs- und Reservefonds	28665,00
Guthaben bei der Direktion der Dis-		Gewinn pro 1918	724,46
konto-Gesellschaft Coblenz	28098,—		
Mobilien-Konto	400,—		
Wertpapiere	41170,—		
Einnahmestücke aus Zinsen	1145,71		
	Mk. 312764,89		Mk. 312764,89

Mitgliederzahl Ende 1917: 126 Zugang 1918: — Abgang 1918: 4 Stand Ende 1918: 122.
Niederlahnstein, den 31. Mai 1919.

Der Vorstand:

Hamm Mataré H. Faust J. Zell H. Kalkhofen.

Der Aufsichtsrat:

Ludwig, Pfarrer Dr. Dahlem, Justizrat v. Eyß Münz, Postsekretär
Franz Dehe Johann Geis Jr.

Leinöl-Ersatz
und
Fußboden-Öl

wieder eingetroffen [797]
Consumhaus Bollinger.

**Bewährtes Mittel
gegen Blutaus.**
(Größer Schälbling der Apfel-
bäume) zu haben bei [852]
Wilk Frömbgen.

**Kräftige
Gemüsepflanzen**
in allen Sorten empfiehlt
Paul Gornke,
Gärtner am Friedhof. [835]

**Ca. 20 000
Gemüsepflanzen**
aller Sorten abzugeben
H. Heiser, Oberlahnstein
Adolfstraße 121. [843]

la Sunlight-Seife
Doppelkiste Mk. 5.30
eingetroffen
Luloy, Adolfstraße 44a.

Rheumatismus
Ischias, Magen-, Darm-, Ge-
ber-, Nervenleiden usw. werden
mit gutem Erfolg behandelt von
Joh. Mohr,
homöopathischer Heilkundiger
Cobl.-Mittelstraße, Trieter-
straße 128. Dattelsche Allee-
niederstraße. [767]
Sprechstunden: Mittwoch und
Freitag, von vorm 9—12 und
nachmittags 2—5 Uhr
— Sonntags von 2—4 Uhr. —

**Herrschaftliche
Etage**
mit Balkon und allen Be-
quemlichkeiten zu vermieten
Anton Schneider,
Camp a. Rh [755]

Anhänge heute suchen per 1. Juli
**abgeschlossene
3 Zimmer und Küche**
(Barriere oder 1. Etage).
Angebote sind nach Geschäfts-
stelle 1611, Oberlahnstein zu
richten. [833]

Hohe Belohnung!
Eine Eisenbeinbohrer
„Rose“
verloren. Da Kautelen für den
Verlorenen werden.
Abzugeben in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes. [825]

Hermann Frank, Oberlahnstein

Adolfstraße 62

Uebernahme aller Installations-Arbeiten
für elektrische Licht- und Kraftanlagen
sowie Schwachstrom (Klingel)-Anlagen

Reichhaltiges Lager in Lampen, Armaturen, Glühbirnen, sowie sämt-
lichem elektrischem Installationsmaterial.

Reparaturen werden prompt u. sachgemäß ausgeführt.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, dass ich die Genehmigung
zur Ausführung von Installationsarbeiten für Ober- u. Niederlahnstein
besitze. [841]

**Schöner
Commer-Mantel,
2 Commerhüte
und 1 Bettstelle**
zu verkaufen. Näheres in der
Geschäftsstelle. [845]

Piano

schön, gut erhalten, preiswert
zu verkaufen
P. Oel, Coblenz,
Glockenstraße 3 — [801]

**Eine hochträgliche
Fahrrad**
zu verkaufen [840]
Joh. Räder, Furgstraße

Herzenssache!
2 jg. abelnde Herren (Ge-
ante) von angenehmem Aussehen,
tadellosem Charakter, wünsch-
selbige Bekanntschaft mit 2 hüb-
schen, jungen Damen, zwecks spä-
terer Heirat. (Vermögen Neben-
sache) Strengste Verschwiegen-
heit zugesichert.
Gef. Offerten mit Bild unter
J. L. 487 a. b. Geschäftsstelle.

Wingstwunsch!
Ich wünsch' mir ein Fräulein der
Mittel, vom Rhein,
bäbisch, heiter, voll Sonne und
lieb müßt es sein
Piedmonte, Gschäftin und guter
Kam'rad.
Wie man für das Leben so
gerne ihn hat
Und jauchert's dem Himmel mir
hier schon auf Erden
Soll Reiz auch auf Händen ge-
tragen es werden.

Wer wagt's?
Ein 25. kath. nette symp. Ge-
schäftin, mittel. Figur, heiteres
Wesen, guter Charakter, Vermö-
gen, Kugel nicht anonym, wenn
möglich mit Bild a. H. 8. 19
an die Geschäftsstelle d. Bl.
Discretion zuges. und vers.

Schreibmaschine mehrere
Arten.
Stenographie System Gabelberger
oder Stolze-Schrey.
Buchführung einfache, doppelte
u. amerikanische Art
einschl. Abschluss

lehrt gründlich und gewissenhaft

Franz Hesse

Bücher-Revisor und gepr. Stenographielehrer,
Coblenz. Hohenzollernstraße 9b. Coblenz.
Seit fast 25 Jahren Unterrichtsleiter in Stenographie
und im Besitze von vielen Zeugnissen über erfolg-
reiche stenographische Tätigkeit, wie auch über erfolg-
reiche Bücher-Revisionen. [809]

Knopf & Friesecke, Lackfabrik

gegründet 1873 Schönebeck a. E.

liefern prompt

Bernsteinlack, Firnisersatz extra hell
Bernsteinfussbodenlack Firnisersatz hell-brann
Emaillelack Fussbodenöl staubfrei
Kopflack Terpentinölersatz
Ueberzuglack

Versandniederlage:

Georg Zimmermann, O.-Lahnstein.

Strümpfe!

In Neu- und Ausstricken sowie im Anfertigen
von Beinlängen empfiehlt sich
Frau Mich. Kunz, Hafenstraße 3
Frau Peter Bender, Hintermurgasse.
— Vertretung in Maschinenstrickeri. —

Kath. Dienstmädchen

mit guten Zeugnissen versehen, gegen hohen Lohn bei
Familie (1 Kind) sofort gesucht. Gute Behandlung.
Frau Franz Heise, Coblenz, Hohenzollernstr. 9 b.